

Beschluss der Juso-Landeskonferenz 2011

Zur Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag

Sozialer Aufstieg durch Bildung:

Wir wollen eine echte Schulreform in Hessen!

Seit Jahren ist bekannt: Das Bildungssystem in Deutschland und Hessen ist leistungsschwach und ungerecht. Das hessische Bildungswesen ist in seiner heutigen Verfassung nicht zukunftsfähig.

Wir benötigen umfassende Reformen im Bildungssystem, damit

- * alle Kinder und Jugendlichen gefördert werden und kein Kind zurückgelassen wird
- * der Bildungserfolg nicht mehr von der sozialen Herkunft abhängt
- * mehr junge Menschen einen höheren Bildungsabschluss erreichen
- * Ausbildungsberufe ein ökonomisch unabhängiges und selbstbestimmtes Leben ermöglichen
- * in bildungsökonomischer Sicht mehr Fachkräfte herangebildet werden
- * durch konsequente Inklusion auch Kinder mit Behinderung in die Regelschule integriert werden.

Deshalb fordern wir auf allen Ebenen des Bildungssystems umfassende Reformschritte. Es ist an der SPD das Versprechen des sozialen Aufstiegs durch Bildung wieder mit Leben zu füllen, indem wir klare Konzepte zur Verwirklichung von Chancengleichheit erarbeiten und dann auch den Mut haben, diese durchzusetzen – von der Krippe bis zum lebenslangen Lernen.

Deshalb fordern wir einen „5-Punkte-Plan“ für eine echte Schulreform für Chancengleichheit und die bessere Förderung aller Schülerinnen und Schüler in Hessen.

1. Unser Ziel ist die Universalschule, in der alle Schülerinnen und Schüler gemeinsamen bis zum zehnten Schuljahr lernen und individuell gefördert werden. Auch ein zweigliedriges Schulsystem mit einer „neuen Restschule mit neuem Namen“ lehnen wir ab.

Die Eckpunkte der Universalschule sind:

- **Alle Kinder lernen gemeinsam bis zum zehnten Schuljahr.**

- **Die Schulen sind ganztägig organisiert, wobei Vereine auf freiwilliger Basis in das Angebot integriert werden.**
- **Jedes Kind wird individuell entsprechend seiner Leistungsstärke gefördert. Damit wird die Gleichmacherei im Frontalunterricht überwunden.**
- **Das Sitzenbleiben wird abgeschafft und durch verpflichtende Förderkurse ersetzt, die individuelle Schwächen fächerspezifisch ausgleichen.**
- **Sonderschulen/ Förderschulen werden durch die besondere Förderung und Betreuung von Kindern mit geistiger oder körperlicher Behinderung ersetzt.**

Die internationalen Vergleichsstudien PISA, TIMSS und IGLU haben wissenschaftlich erwiesen: Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit sind für das Schulsystem kein Widerspruch! In skandinavischen Ländern wie Schweden und Finnland lernen die Schülerinnen und Schüler gemeinsam bis zum neunten/ zehnten Schuljahr in Ganztagschulen, in denen das Sitzenbleiben abgeschafft wurde – und erzielen in der Breite und der Spitze bessere Leistungen als Schülerinnen und Schüler aus allen deutschen Bundesländern, egal ob aus Bremen, Hessen oder Bayern. Zudem hängt in Ländern mit integrierten Schulsystemen der Bildungserfolg viel weniger von der sozialen Herkunft ab.

Selbst die Bundes-CDU verabschiedet sich schon in Raten von dem mehrgliedrigen Schulwesen. Die Hauptschule bietet jungen Menschen keine Zukunftschancen und führt heute nicht mehr zu einem Ausbildungsplatz. Um in ländlichen Bereichen überhaupt noch ein wohnortnahes Schulangebot gewährleisten zu können, ist die Zusammenlegung von Schulformen notwendig. Das werden auch die ideologischen Schulkämpfer der CDU und FDP in Hessen früher oder später akzeptieren müssen.

Wir wollen eine echte Schulreform! Auch ein zweigliedriges Schulsystem mit einer „neuen Restschule mit neuem Namen“, sei es eine ‚Mittelstufenschule‘ oder eine ‚erweiterte Realschule‘, lehnen wir ab. Notwendig ist, dass alle Kinder und Jugendlichen in Hessen gefördert werden. Deshalb wollen wir eine Schule für alle – die Universalschule!

2. Bis zum Jahr 2020 streben wir die Überwindung des gegliederten Schulsystems in Hessen an. Wir betonen dabei ausdrücklich, dass dazu auch auf Landesgesetze zurückgegriffen werden muss. In einem ersten Schritt schaffen wir in der ersten Legislaturperiode nach der Regierungsübernahme in Hessen das Sitzenbleiben und die Querversetzung nach unten ab.

Unbestritten ist, dass eine grundlegende Veränderung des Bildungswesens nur mit den Betroffenen, also mit den Schulgemeinden vor Ort zu verwirklichen ist. Die Betroffenen vor Ort haben aber zu Recht den Anspruch, dass der Landesgesetzgeber von seiner demokratischen Legitimation zur Gesetzgebung Gebrauch macht und die Augen nicht vor den Problemen vor Ort verschließt. Deshalb bekennen wir uns dazu auch mit landespolitischen Mitteln die Schulreform vor Ort zu ermöglichen. Richtige erste Umsetzungsschritte sind die Abschaffung des Sitzenbleibens und der Querversetzung an allen Schulen. Damit können Schulkinder nicht mehr als Probleme abgeschoben werden.

Jedes Kind muss dann individuell gefördert werden. Nur so kommt das Kind in den Mittelpunkt.

3. Wir streben die inklusive Schule an. Schon in der ersten Regierungsperiode in Hessen werden wir die gesonderte Beschulung an „Förderschulen“ (Sonderschulen) auf ein Mindestmaß reduzieren. Bis zum Jahr 2020 wollen wir alle Kinder in der Regelschule unterrichten.

Die UN-Konvention für die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung schreibt die gleiche Förderung von Kindern und Jugendlichen an Regelschulen vor. Diese geltende Rechtslage wird von der hessischen Landesregierung bis heute ignoriert. Mit der Schulgesetznovelle des Stillstandes aus dem Jahr 2011 hat sich in Sachen Inklusion in Hessen nichts getan. Weil die Inklusion in Hessen unter einem „Ressourcenvorbehalt“ steht, werden keine wirksamen Maßnahmen ergriffen.

4. Die Schulzeitverkürzung „G8“ werden wir zurücknehmen. Innerhalb der ersten 100 Tage nach der Regierungsübernahme werden wir ein Gesetz zur Abschaffung der Schulzeitverkürzung in der Mittelstufe verabschieden.

Die Schulzeitverkürzung des gymnasialen Bildungsganges an hessischen Mittelstufen ist katastrophal gescheitert. Schüler/innen, Eltern und Lehrkräfte lehnen ‚G8‘ ab. Durch die Schulzeitverkürzung in der Mittelstufe werden Jugendliche, die sich zudem gerade in der Pubertät befinden, einem unnötigen Lernstress und Prüfungsdruck ausgesetzt. Das kurzfristige „Bulimie-Lernen“ tritt an die Stelle des nachhaltigen Erwerbs von Kompetenzen und Kenntnissen. Zudem erzeugt die Schulzeitverkürzung in der Mittelstufe eine zusätzliche Selektionshürde: Ein Wechsel vom Real- oder Hauptschulzweig auf den gymnasialen Bildungsweg ist praktisch unmöglich, da absolut unterschiedliche Lerninhalte in einem anderen Tempo vermittelt werden. Die schon vorher bis auf Einzelfälle nur noch theoretisch vorhandene ‚Durchlässigkeit nach oben‘ wurde damit gänzlich abgeschafft.

5. Wir wollen eine flexible Oberstufe mit einem Kurs-System, das in zwei bis vier Jahren durchlaufen werden kann.

Wir halten an dem schon im „Haus der Bildung“ der SPD beschlossenen Konzept einer flexiblen Oberstufe fest. Eine Schulzeitverkürzung macht dann Sinn, wenn sie pädagogisch sinnvoll ist und sich nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler richtet. Anders als in der Mittelstufe kann eine flexible Schulzeitverkürzung in der Oberstufe den individuellen Lernbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler entsprechen. Zudem werden durch diese bedarfsorientierte Schulzeitverkürzung keine neuen Selektionshürden geschaffen.